

Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt.

Bericht aus einem Land vor den Parlamentswahlen mit einem Nachwort zu den Wahlen am 7. Juni und am 12. Juni 2009 im Iran

von Reiner Bernstein¹

I. Kritik am Staat Israel:

Man mag die Weigerung der USA und mehrerer EU-Staaten, an der Genfer UN-Konferenz gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz vom 20. bis 24. April 2009 wegen der befürchteten Ausfälle des iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedjad gegen den Staat Israel und „den Westen“ teilzunehmen, unter politischen Gesichtspunkten unterschiedlich beurteilen. Doch Kritiker und Befürworter sollten sich keinen Illusionen darüber hingeben, dass die Verdammung Israels als jüdischer Staat auch in der arabischen Welt breiteste Unterstützung erfährt. Was den Libanon angeht, haben alle unsere Gespräche während des Besuchs diesen Eindruck bestätigt. Selbst jene prinzipiell pro-westlichen Politiker in Beirut, die sich aus Gründen einer innenpolitischen Entspannung für eine nüchterne Bilanzierung des Verhältnisses zu Israel aussprachen, haben expressis verbis ihr Interesse an einem abgestimmten militärischen Vorgehen der arabischen Staaten betont, das bislang durch nationale Egoismen verhindert worden sei.

Die scharfe Kritik, die nicht nur der Jerusalemer Politik, sondern der ideologischen Substanz des Staates Israel gilt, ist – so der Eindruck

¹ Der Bericht fußt auf Gesprächen und Eindrücken einer Reise zwischen dem 5. und 18. April 2009 und ist seither und durch einen Nachtrag zu den Wahlen am 7. Juni 2009 ergänzt worden. Ich danke Mohamad Saleh sehr für die Vorbereitung und Begleitung der Reise.

– das einigende Band und der gemeinsame Nenner aller politischen Kräfte im Libanon jenseits höchst unterschiedlicher und voneinander abweichender Vorstellungen über die Zukunft des eigenen Landes. Der Zionismus wird als grundlegendes Hindernis für die Durchsetzung von Demokratie und politischer Ebenbürtigkeit in Israel selbst sowie in der gesamten Region betrachtet. Wer ist hier der wahre Terrorist? lautete nicht nur einmal die rhetorische Frage. Den palästinensischen Flüchtlingen stehe die uneingeschränkte Realisierung des Rechts auf Rückkehr gemäß der eigenwillig interpretierten UN-Resolution 194 vom Dezember 1948 zu. Der Frieden, so Parlamentspräsident Nabih Berri gegenüber dem rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu während unseres Aufenthalts, werde immer davon abhängen, ob der Wunsch der Palästinenser nach Rückkehr in ihre Heimat erfüllt werde. Der Gast antwortete eindeutig: Bei der Realisierung der nationalen palästinensischen Ansprüche müsse auch das Recht Israels auf Sicherheit respektiert werden.

Es verwunderte kaum, dass in unseren Gesprächen der Religionsführer der Schiiten im Lande und religiöse Mentor der „Hisbollah“, Ayatollah Mohammad Hussein Fadlallah, eine wissenschaftliche Aufklärung verlangte, bevor ein Urteil über die jüdischen Opfer des Holocaust gefällt werden könne, und dass der israelische Krieg gegen „ Hamas“ mit der Shoah verglichen wurde. Dass sich der palästinensische Botschafter in Beirut gegen den Widerstand der „ Hamas“ aus Moscheen und Schulen verwehrte, der doch dem Gegner gelten und nicht die eigene Bevölkerung hätte treffen sollen, blieb nicht unbemerkt.

II. Der Aufbruch der „Hisbollah“

Die schiitisch geprägte „Partei Gottes“ hat längst die Rolle als militärische Widerstandsbewegung gegen Israel hinter sich gelassen. Sie ist vielmehr, soweit erkennbar, der einzige politische

und soziale Stabilisierungsfaktor unter den mehr als zwanzig Parteien im Lande, die sich am 7. Juni 2009 dem Votum des Wahlvolkes stellen; deshalb ist von einem Referendum gesprochen worden, zu dem das Volk aufgerufen sei. Umstritten ist freilich, ob die „Hisbollah“ im Falle eines Wahlsieges weiter auf die (brüchige) nationale Einheit setzt oder ihr neues strategisches Gewicht zu ihrem politischen Gunsten einsetzen wird. Die Fortdauer des libanesischen Systems würde voraussetzen, dass Entscheidungen von nationaler Tragweite ausbleiben.

Im Gegensatz zu Ägypten, wo unter den Moslembroedern über die Teilnahme an den Parlamentswahlen im Herbst 2010 gestritten wird, weil politische Ambitionen die Verbreitung des Islam und seiner Botschaft schwächen würden, ist die Hegemonie der „Hisbollah“ über den öffentlichen Diskurs im Lande so weit fortgeschritten, dass sie sich stark genug fühlt, operativ über die Grenzen des Landes hinauszugreifen. Ihr Generalsekretär Sheikh Sayid Hassan Nasrallah hat Mitte April öffentlich eingeräumt, dass seine Organisation vom Sinai aus die „ Hamas“ im Gazastreifen durch „logistische Hilfsdienste“ unterstütze:

„Wenn die Unterstützung für die Palästinenser, deren Land okkupiert wird und die getötet und besetzt gehalten werden, eine Anklage ist, dann erkläre ich hiermit, dass ich in ihrem Sinne schuldig bin,“

hat Nasrallah – in ägyptischen Augen ein Kriegsverbrecher – stolz erklärt². Gegen 49 Angehörige der „Hisbollah“ sollen in Ägypten Verfahren wegen des Versuchs der Destabilisierung des Staates, der Ermordung israelischer Touristen, des illegalen Waffenbesitzes sowie des Betrugs und der Spionage für eine fremde Macht

² Vgl. dazu das Interview mit Nasrallah vom 28.12.2008, in Auszügen wiedergegeben im „Journal of Palestine Studies“ # 151, XXXVIII(Spring 2009), S. 350 f.

eingeleitet werden³. Dem Vorfall kommt schon deshalb besondere Bedeutung zu, weil sich der Iran als Pate der „Partei Gottes“ darum bemüht, seinen politischen Einfluss auf die sunnitischen Moslembrüder in Ägypten auszuweiten.

Angesichts der politischen Schwäche der Zentralregierung ist es der „Hisbollah“ gelungen, weit nachdrücklicher als die PLO in den 1970er und frühen 1980er Jahren zu einem souveränen „Staat im Staate“ heranzuwachsen – obwohl Arafat und der libanesische Armeegeneral Emile al-Bustani Mitte September 1969 insgeheim den „Cairo Accord“ unterzeichneten, wonach den im Lande lebenden Palästinensern weitgehende Bewegungs- und militärische Aktionsfreiheit eingeräumt wurde⁴ –, und erinnert damit politiktheoretisch an Ernst Fraenkels wegweisende Arbeit über den „Doppelstaat“ aus den 1940er Jahren⁵. Als religiöse Bewegung hat sie sich durch umfangreiche Hilfsprogramme (großzügige Wohnungsbauprojekte, Gesundheitsdienste, Bildung und Erziehung), ein eigenes elektronische Kommunikationssystem sowie durch die Weigerung, gemäß der UN-Resolution 1701 vom August 2006 ihre Waffen an die libanesische Armee abzugeben, politische Autorität und eine über die Konfessionsgrenzen hinweg reichende breite Basis gesichert, zumal da Israel der UN-Forderung nach Übergabe des Kartenmaterials, auf dem die im Süden Libanons platzierten Landminen eingezeichnet sind (die Rede ist von vier Millionen Streubomben), bisher nicht nachgekommen ist. Hier wäre auch die deutsche Bundesregierung aufgefordert, für die Einhaltung der Osloer Erklärung von 2007 zur Ächtung von Streubomben zu sorgen. Unsere Nachfragen, ob – neben Italien – auch deutsche

³ Am 28. April 2010 verurteilte ein ägyptisches Militärgericht 26 Ägypter, Palästinenser, Libanesen und Sudanesen – darunter vier in Abwesenheit – zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und lebenslänglich.

⁴ „The Cairo Accord“ of September 13, 1969, via „Crisis Group Middle East Report“ no. 84, February 19, 2009.

⁵ Ernst Fraenkel: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship. New York 1941. Deutsch „Der Doppelstaat.“ Zweite durchgesehene Auflage. Hrsg. und eingeleitet von Alexander v. Brünneck. Hamburg 2001.

Produkte bei Räumungsarbeiten gefunden worden seien, wurden negativ beschieden.

Bislang hat die „Hisbollah“ von dem politisch erkämpften Vetorecht im 30köpfigen Kabinett Fuad Sinioras nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht. Bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2009 steht ihre pro-syrische „Allianz des 8. März“ (ergänzt vor allem durch die „Freie Patriotische Bewegung“ von Michel Aoun⁶ sowie die „Amal“ von Nabih Berri⁷) der anti-syrischen „Allianz des 14. März“ unter Führung des sunnitisch geprägten „Zukunftsblocks“ von Saad Hariri gegenüber. Diese wird ergänzt durch die drusische „Sozialistische Fortschrittspartei“ von Walid Djumblat⁸, die christlich dominierten „Forces Libanaises“ von Samir Geagea⁹ sowie mehreren Gruppen wie der „Liberalen Partei“, dem „Nationalen Block“, der „Demokratischen Erneuerungsbewegung“, der „Demokratischen Linksbewegung“ und mehreren Unabhängigen.

Der Ausgang wird vor allem darüber befinden, welchen außenpolitischen Kurs das Land einzuschlagen gedenkt. Gewinnt

⁶ Nachdem Aoun Mitte März 1989 gegen Syrien einen „Befreiungskrieg“ erklärt hatte, wurde er im November jenes Jahres nach der Ermordung von René Muawad zum Staatspräsidenten gewählt. Als die Syrer im Oktober 1990 unter dem Schirm der Golfkrise, an der sie im Krieg (Januar/Februar 1991) gegen Saddam Hussein mit einem Kontingent beteiligt waren, eine Offensive gegen die Verbände Aouns begannen und diesen aus dem Präsidentenpalast in Baabda vertrieben, musste Aoun in die französische Botschaft flüchten, von wo er nach Paris ausreiste. Im Mai 2005 kehrte er nach Beirut zurück und schloss sich den pro-syrischen Kräften an. Seine „Patriotische Bewegung“ betreibt den Fernsehsender OTV.

⁷ „Hoffnung“ bzw. Akronym für „Bataillone des libanesischen Widerstandes“, einstiger militärischer Flügel der 1959 von dem aus Iran stammenden Imam Musa Sadr gegründeten „Bewegung der Entrechteten“ („harakat al-mahrumin“). Sadr wurde 1978 auf dem Flug nach Rom während eines Zwischenaufenthalts in Tripolis (Libyen) entführt und verschwand spurlos. Von „Amal“ spaltete sich 1982 die „Hisbollah“ ab. 1985 trat diese erstmals öffentlich in Erscheinung. Im selben Jahr kamen mehrere hundert Angehörige der iranischen „Revolutionären Garden“ („Pasdaran“) ins Land, um „gegen die Zionisten zu kämpfen“.

⁸ Die rund 350.000 Drusen leben geschlossen vornehmlich am Rande des Shuf-Gebirges.

⁹ Geagea wurde 1994 zu einer mehrfachen lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Verbrechen im Bürgerkrieg seit 1975 sowie Anfang Juni 1987 wegen der Ermordung von Ministerpräsident Rashid Karameh verurteilt und 2005 auf der Grundlage eines Amnestiegesetzes freigelassen.

die Koalition um den „8. März“ und verschließt sich die „Allianz des 14. März“, so ist von dem Beirut-Politologen Paul Salem vermutet worden, besteht die Gefahr, dass das Land in die Arme Irans fällt. Geschieht das Gegenteil, sei eine Neuauflage des Bürgerkrieges zu befürchten. Zunächst jedoch steht zu erwarten, dass die „Hisbollah“ die Anzahl ihrer bisherigen 14 Mandate erheblich erhöht. Die Entscheidung dürfte in zwei Beirut-Wahlkreisen mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit fallen. Dass bei der Prüfungskommission bis Ende Mai mehr als 540 Beschwerden über angeblich falsche Berichterstattung eingegangen sind, sagt noch nichts darüber aus, dass Bewertungen über sie stattfinden. Nach libanesischen Presseberichten sollen die Parteien etwa eine Milliarde US-Dollar für den Stimmenkauf verwendet haben.

Bei den Wahlen geht es außenpolitisch um die Fortsetzung der strategischen Partnerschaft zum Iran und zu Syrien sowie um die arabische Vorreiterrolle im Konflikt mit Israel oder – auf der anderen Seite – um den Versuch, Libanon aus den Fesseln nahöstlicher Kontaminationen zu befreien und einen gemäßigt pro-westlichen Weg unter Betonung der nationalen Unabhängigkeit einzuschlagen. In diesem Sinne warb Verteidigungsminister Elias Murr im April erneut um eine US-Militärhilfe in Höhe von 400 Millionen US-Dollar – eine Bitte, über die in Washington „im Kontext des Wahlausgangs“ (gemeint ist das befürchtete positive Abschneiden der „Hisbollah“) entschieden werden soll. Nach amerikanischen Presseberichten hat der Libanon seit 2006 mehr als eine Milliarde US-Dollar erhalten, darunter 410 Millionen US-Dollar Militärhilfe.

Die größte Bedrohung für die regionale Manövrierfähigkeit der „Partei Gottes“ dürfte von einem Vertrag zwischen Syrien und Israel ausgehen. Aus eigenständigen Gründen kann sie kein Interesse daran haben, dass beide Staaten eine Übereinkunft zur politischen Zukunft der Golanhöhen erreichen. Damit würde sie die ihr von Damaskus gegenwärtig zugedachte Aufgabe als potentieller Störfaktor Israels auf niederem Niveau („low-level warfare“: Paul

Salem) einbüßen und sich auf die Abwehr der ständigen Verletzung des libanesischen Luftraums durch israelische Aufklärungsdrohnen beschränken müssen, der sie rüstungstechnologisch (noch) nicht gewachsen ist. In diesem Zusammenhang hat der ehemalige israelische Abgeordnete Azmi Bishara die Frage aufgeworfen, ob im libanesisch-syrischen Beziehungsgeflecht der „Hisbollah“ die Rolle eines strategischen oder lediglich die eines taktischen Feindes gegenüber Israel zukomme¹⁰. Zu entscheiden bleibt, welchen Part die Partei Gottes auf absehbare Zeit in der libanesischen Innenpolitik einnehmen kann.

III. Bemerkungen zur zeitgeschichtlichen Dimension

Im Libanon hat seit 1932 keine Volkszählung stattgefunden. Damals standen der knappen Mehrheit von 393.000 Christen 383.000 Muslime gegenüber. Elf Jahre später, 1943, verzichteten die Christen im Nationalpakt („al-mithaq al-watani“) auf den Schutz der westlichen Mächte Frankreich, England und Russland, die sich damit seit Mitte des 19. Jahrhunderts – wie in Palästina mit den sogenannten Kapitulationen – ihren Einfluss auf die Christen, Sunniten und Drusen im Libanon sicherten, während die Schiiten auf keine europäische Schutzmacht bauen konnten. Im Gegenzug zum westlichen Beistand gaben die Muslime ihre Orientierung nach Syrien förmlich auf. Die Staatsämter wurden nach den Vorgaben des Religionsproporztes verteilt – der Präsident ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer Moslem, der Parlamentspräsident ein schiitischer Moslem sowie sein Stellvertreter ein Angehöriger der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft. Im 128 Mitglieder umfassenden Parlament sollten 34 Sitze den Maroniten, je 27 Sitze den Sunniten und Schiiten, 14 Sitze den Angehörigen der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft, zwei den

¹⁰ Azmi Bishara: Possibilities of war: the Levant, in „Al-Ahram Weekly“ 11.-17.03.2010.

Alawiten sowie je ein Mandat den Protestanten, für armenische Katholiken und sonstige Minderheiten vorbehalten bleiben. Diese Verteilung von Ämtern und Pfründen auf Angehörige der 17 anerkannten Religionsgemeinschaften konnte auf Dauer nicht gut gehen, wie sich zeigen sollte.

Der Junikrieg 1967 spaltete das christliche Lager mit dem Ergebnis, dass die eine Strömung die Integration Libanons in die arabische Welt befürwortete und das christliche Bekenntnis nicht länger als Teil der politischen, sondern als spirituelle Identität verstanden wissen wollte. Israel und seine Besatzungspolitik wurden als zentrale arabische Herausforderung begriffen. Der moslemische – und insbesondere der schiitische – Bevölkerungsteil wuchs durch hohe Geburtenüberschüsse, das christliche Lager nahm quantitativ aufgrund seiner sozialen Verbürgerlichung und hoher Auswanderungsverluste kontinuierlich ab.

Im Vorfeld des „Schwarzen Septembers“ 1970 in Jordanien setzte Gamal Abdel Nasser im November 1969 gegenüber dem libanesischen Armeechef Boutros Bustani im „Abkommen von Kairo“ die Bewaffnung der palästinensischen Freischärler im Libanon durch. Mitte Mai 1974 stürmte ein palästinensisches Kommando einen Schulbus im nordisraelischen Maalot mit dem Ziel, den Erfolg der „Pendeldiplomatie“ Henry Kissingers über ein Truppenentflechtungsabkommen für die Golanhöhen zwischen Israel und Syrien zu stören. Noch im Juni jenes Jahres bestärkte Ägyptens Präsident Anwar Sadat (Amtsantritt nach dem Tod Nassers am 28. September 1970) den jordanischen König Hussein darin, in seinem Königreich als Sprecher der Palästinenser aufzutreten, bevor die arabische Gipfelkonferenz in Rabat Ende Oktober 1974 die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes auf jedem Teil des befreiten Territoriums anerkannte.

1976 kam es zu einem fünfmonatigen syrisch-maronitischen Krieg gegen die Palästinenser, ihr folgte zwischen März und November

1978 die Konfrontation zwischen Maroniten und syrischen Truppen. Im Juni 1978 rückten israelische Truppen erstmals bis an den Litani-Fluss vor, um drei Monate später im Süden eine 850 Quadratkilometer große „Sicherheitszone“ unter Hinzuziehung der kollaborierenden „Südlibanesischen Armee“ unter Major Saad Haddad einzurichten. Anfang Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein, um die PLO zu zerschlagen, der es gelungen war, die Regierung der Zedernrepublik politisch vorzuführen. Zwischen Oktober 1982 und Februar 1984 schlugen Drusen und Maroniten sowie Schiiten und Maroniten aufeinander ein. Der „Lagerkrieg“ im Westen Beiruts, an dem Palästinenser und Schiiten beteiligt waren, dauerte von Mitte 1985 bis Januar 1988. Erst das von Saudi-Arabien durchgesetzte Abkommen von Taif im Oktober 1989 zwang den Konfliktparteien, deren Auseinandersetzungen rund 150.000 Menschen das Leben gekostet hatten, einen politischen Kompromiss auf, zu der die Maßgabe einer Reform des konfessionalistischen Systems gehörte. Auf ihre Durchsetzung wartet das Land noch heute.

Dazwischen lag Mitte September 1982 nach dem tödlichen Attentat auf Staatspräsident Bashir Gemayel die Ermordung von 1000 bis 1500 palästinensischen Frauen, Kindern und alten Männern in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Shatila durch Milizen der phalangistischen „Forces Libanaises“ unter Eli Hobeiqa¹¹ mit logistischer Beteiligung Israels. Sechs Monate später befand die

¹¹ Elie Hobeiqa (1956 – 2002). Als Mitglied der Phalange-Partei und Befehlshaber der „Forces Libanaises“ führte er ein politisch und militärisch höchst bewegtes Leben. Nach der Leitung des Massakers in den Beiruter palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila befahl Hobeiqa 1985 den Autobombenanschlag auf Mohammad Hussein Fadlallah, bei dem mehr als 80 Menschen ums Leben kamen. Außerdem soll er im selben Jahr hinter dem Attentat auf Salim al-Hoss gestanden haben. Folgt man Bob Woodwards „Veil: The Secret Wars of the CIA 1981–1987“ (New York 1987), dann handelte Hobeiqa beim Anschlag auf Fadlallah im Auftrag des US-amerikanischen Geheimdienstes. 1990 wurde er amnestiert und trat als Minister für Vertriebene in die Regierung ein, bevor er zum Minister für soziale Angelegenheiten und Behinderte (1992) und Minister für Elektrizität und Wasser (1993) ernannt wurde. Am 24.01.2002 wurde Hobeiqa durch eine Autobombe im Beiruter Vorort Hazmiyeh getötet, ganz in der Nachbarschaft der Residenz des syrischen Geheimdienstes. Auch der israelische „Mossad (Organisation)“ und die CIA wurden des Mordes beschuldigt.

israelische Untersuchungskommission unter Leitung des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Yitzhak Kahan, dass

„die jüdische Öffentlichkeit immer den Standpunkt vertreten hat, dass die Verantwortung für solche Taten nicht nur auf diejenigen fällt, die um sich geschlagen und Gräueltaten begangen haben, sondern auch auf jene, die für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung verantwortlich waren, die den Aufruhr hätten verhindern können und ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind“.

Die Kommission schloss Ministerpräsident Menachem Begin in die Kritik ein, weil er sich für die Vorkommnisse nicht interessiert habe – Begin trat im September 1983 zurück –, und untersagte Verteidigungsminister Ariel Sharon, dieses Amt künftig noch einmal zu bekleiden. Im Februar 2001 wählte ihn die israelische Bevölkerung mit riesiger Mehrheit zum Ministerpräsidenten.

Nachdem über tausend „Katjusha“-Raketen auf Nord-Israel abgefeuert worden waren, leitete das israelische Kabinett unter Shimon Peres im April 1996 die zweiwöchige Militäroperation „Früchte des Zorns“ („Grapes of Wrath“) ein, bei der die „Hisbollah“-Zentrale in Beirut zerstört wurde. Rund 400.000 libanesische Zivilisten wurden nach Norden vertrieben; ein israelischer Luftangriff auf das UN-Gelände in Qana forderte das Leben von über hundert Zivilisten. Die Boden- und Luftangriffe mit der Blockade der Häfen Beirut, Sidon [Saida] und Tyros waren überdies dazu bestimmt, Damaskus zu demütigen und die Regierung in Beirut zum Frieden mit Israel zu zwingen, schrieb damals der britische Syrien-Experte Patrick Seale. Ende Mai 2000 zogen sich die israelischen Truppen endgültig aus dem Süden Libanons zurück.

Mitte Februar 2005 wurde Ministerpräsident Rafiq Hariri in Beirut ermordet; alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Verantwortlichen trotz des Tribunals auf der Grundlage der UN-Resolution 1644 vom Dezember 2005 nicht gefunden und zur

Rechenschaft gezogen werden; insofern teilt die Resolution den Unwillen bzw. das Unvermögen des libanesischen Politik- und Justizbetriebs, Straftäter wie den heutigen Chef der „Forces Libanaises“ Samir Geagea vor Gericht zu stellen. Dass Syrien im April 2006 seine Militärkontingente aus dem Libanon abzog, hat seinem politischen und geheimdienstlichen Einfluss wenig geschadet. Wichtig ist dennoch, dass am 20. April 2009 der erste libanesischer Botschafter seine Arbeit in Damaskus aufnahm.

Wenige Tage zuvor freilich verwehrte sich Präsident Bashar Assad entgegen der Aufforderung in der UN-Resolution 1680 von 2006, in die Regelung der bilateralen Grenzen die politische Zukunft der von Israel besetzt gehaltenen Shebaa-Farmen einzubeziehen; Mitte der 1960er Jahre war Syrien in dieses 25 Quadratkilometer große Gelände eingerückt, und Israel besteht darauf, seine Zukunft einem Friedensvertrag mit Damaskus vorzubehalten. In einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Anan hatte Hariri im Mai 2000 eingeräumt, dass das Gebiet völkerrechtlich umstritten sei. Am 16. April 2009 zeigte sich Assad bereit, mit Libanon alle offenen Grenzfragen zu klären, davon ausgenommen sei der syrische Anspruch auf die Shebaa-Farmen. Nach Gesprächen im Libanon äußerte der frühere US-Präsident Jimmy Carter Mitte Juni seine Überzeugung, dass die israelische Besetzung der Shebaa-Farmen der „Hisbollah“ die Ausrede liefere, ihre Waffen der Zentralregierung in Beirut nicht auszuliefern.

Einen Monat nach Beendigung des israelischen Krieges gegen die „Hisbollah“ im Sommer 2006, dessen Spuren sich nachhaltig im libanesischen Gedächtnis festgesetzt haben, schrieb die in Beirut erscheinende englischsprachige Zeitung „The Daily Star“ in einem Kommentar unter dem Titel „Die Wunderheilung für Libanon“:

„Gebt Libanon ein echtes Parlament mit der Autorität, die Dinge zu tun, die Parlamente tun; und fordert, dass das Parlament aus Mitgliedern besteht, die tatsächlich den nationalen Willen in

all seiner herrlichen Fülle tun. Das Haupthindernis ist stets eine schwache Zentralregierung gewesen, die sich einer unwürdigen Ansammlung von unberührbaren Bettgesellen verpflichtet fühlte. Wenn die Legislative den Willen hat, seine Prärogativen in Anspruch zu nehmen und die Abgeordneten damit in die Pflicht zu nehmen, werden alle Arten von Dilemmata dahinschwinden und absterben...“

Die ebenfalls in Beirut erscheinende Zeitschrift „The Monthly“ legte in ihrer Ausgabe vom April 2009 nach und nannte das politische System Libanons „unredlich, hinterhältig, bedenkenlos und schizophren“. Die Lage könne nur besser werden, weil sie nicht schlechter werden könne, wurde von einem früheren Spitzenpolitiker sarkastisch ergänzt. Die sektiererische Fragmentierung entlang der fünfzehn großen Familienverbände – zu denen die Gemayels, die Franjiehs, die Chamouns, die Murrs, die Karamehs und die Djumblats gehören – sowie entlang der regionalen, sozialen und ideologischen Grundkomponenten sei gewachsen und lade zu auswärtigen Interventionen geradezu ein. Die einheimischen und fremden Wurzeln der Krise seien eng miteinander verwoben, schrieb ein renommierter Forschungsverbund. Auch eine jordanische Zeitung hob hervor, dass das paralysierte Land ausländische Kräfte geradezu ermutige, Libanon als Verhandlungsmasse zu missbrauchen.

IV. Die Palästinenser im Libanon

Die Zahl der rund 50.000 Flüchtlinge, die im Zuge der Staatsgründung Israels aus dem Norden Palästinas flüchten mussten oder vertrieben wurden, soll nach Schätzungen inzwischen auf 350.000 bis 400.000 angewachsen sein. Von ihnen leben die meisten gegenwärtig in zwölf (ehemals 16) Lagern. Nur christlichen Palästinensern gelang die staatsbürgerliche Integration, während die Muslime nach wie vor unter zahlreichen Berufsverboten, dürftigen

Gesundheitsdiensten, bescheidenen Bildungschancen und beschränkter Bewegungsfreiheit leiden. Im Hintergrund suchten Syrien und Israel die „Verhältnisse“ politisch und militärisch zu ihrem Gunsten zu verändern. Mitte der 1990er Jahre beklagte die seit Jahrzehnten in Beirut lebende Anthropologin Rosemary Sayigh, die in Projekten besonders mit palästinensischen Frauen zusammenarbeitet, dass die libanesische Regierung wie eh und je Appelle ignoriere, den Lagerbewohnern bürgerlich-soziale Rechte zuzuerkennen. Seither ist die Zahl der (auto-)biographischen Berichte und der wissenschaftlichen Publikationen über die unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern stark gewachsen. Die Betonung, dass Libanon für ein friedvolles Zusammenleben von israelischen Juden und arabischen Palästinensern ein Modellfall sei, wird von den Realitäten in der Zedernrepublik allzu häufig in Frage gestellt. Interessanterweise wurde von unseren Gesprächspartnern der israelische Krieg gegen die „Hisbollah“ vom Sommer 2006 immer wieder angesprochen, während der Krieg von 1982 mit dem Massaker in den zwei Beiruter Flüchtlingslagern kaum der Rede wert zu sein schien.

Auch nach der Vertreibung der PLO-Führung 1982 durch Israel ist ihr Gewicht nicht gänzlich geschwunden. Davon zeugt die Anordnung des palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas vom 7. April 2009, die Kommandostruktur der Militärposten von „Fatah“ im Libanon neu zu ordnen; vorausgegangen war die Ermordung des stellvertretenden Chefs der palästinensischen Botschaft Kamal Medhat Ende März.

V. Vor den Parlamentswahlen

Nach Einschätzung der „International Crisis Group“ von Ende 2006 hat Libanon durch ausländische Einmischungen – genannt wurden die USA, Israel, Iran und Syrien – seine innere Balance verloren und sieht sich dem Risiko einer neuen sunnitisch-schiitischen Explosion

mit einer zerstrittenen und geschwächten christlichen Gemeinschaft ausgesetzt. Während die „Allianz des 8. März“ massiv von Iran unterstützt wird, erhält die „Koalition des 14. März“ Hilfgelder unter anderem aus Saudi-Arabien. Ganze Straßenzüge in Beirut gleichen abgeriegelten Festungen mit schwerer Bewachung durch private Sicherheitsdienste, Fußballspiele finden regelmäßig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Am 7. Juni 2009 finden reguläre Parlamentswahlen statt. Schon jetzt wird das politische Leben weitgehend vom Wahlkampf bestimmt, denn die Kontrahenten haben sich längst in Stellung gebracht. Das gesamte Land ist mit Plakaten, Fahnen, Bannern und Fotos der Spitzenkandidaten übersät. Auf den Bildschirmen der privaten Fernsehsender wie „Future-TV“ von Saad Hariri und „OTV“ von Aoun paradiert die politischen Leitfiguren. Von der vermutlich vier Millionen zählenden Bevölkerung, die sich heute zu vierzig Prozent aus Schiiten und zu 25 Prozent aus Christen zusammensetzen soll – die palästinensischen Flüchtlinge sind selbstverständlich nicht wahlberechtigt –, sind alle Libanesen im Alter ab 21 Jahre zur Abgabe ihrer Stimme für einen der mehr als 700 Kandidaten aufgerufen. Alle ursprünglich konfessionell ausgerichtete Parteien bemühen sich mittlerweile darum, Kandidaten aus dem „anderen Lager“ über gesonderte Listen an sich zu binden. Wie sehr aber die vorherrschende Konfessionalismus- und Lager-Theorie brüchig geworden ist, zeigt das prominente Beispiel des früheren Ministerpräsidenten Salim al-Hoss – 1987 Nachfolger des ermordeten Rashid Karamé –, der eine enge Anbindung an Syrien befürwortet, und des ehemaligen christlichen Ministers Fuad Al-Saad, der der „Sozialistischen Fortschrittspartei“ von Walid Džumblat nahesteht. Die Kandidatenaufstellung der Parteien entspricht kaum westlichen Usancen, und politisch-programmatische Aussagen findet man – so im Falle des „Zukunftsblocks“ von Saad Hariri – schwerlich. Dieses Defizit scheint jedoch seiner Popularität keinen Abbruch zu tun. Demgegenüber lässt „Hisbollah“ keinen Zweifel an ihrer vierteiligen Agenda:

- Libanon sei die Heimat aller seiner Menschen;
- Israel sei der einzige Feind, den es zu bekämpfen gelte;
- die Befreiung arabischer Territorien von der israelischen Okkupation sei vorrangig¹²;
- die politische Teilhabe der palästinensischen Flüchtlinge im Lande sei unvorstellbar; die Beziehungen zu Syrien seien zu normalisieren.

Dabei fällt auf, dass sich die „Partei Gottes“ der erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der rund 300.000 syrischen Wanderarbeiter (sie arbeiteten 2006 nur in 471 Fällen legal im Lande) nicht angenommen hat. Zu 75 Prozent verdienen sie ihren schmalen Lebensunterhalt im Baugewerbe und sind zu fünfzehn Prozent als Reinigungskräfte sowie zu zehn Prozent als Straßenhändler tätig. Der Repräsentant von „Human Rights Watch“ Nadim Houry ist mit dem Satz zitiert worden, dass gegen sie „eine Art sozioökonomischer Rassismus“ zum Vorschein komme.

¹² Gemeint sind die Shebaa-Farmen, auf die freilich – wie ausgeführt – auch Syrien Souveränitätsansprüche erhebt, und das Gebiet um die vor 1967 zu Syrien gehörige und von Alawiten bewohnte Ortschaft Ghajar im Hasbani-Tal im Grenzgebiet der Golanhöhen zwischen Libanon und Syrien. Im Junikrieg wurde der Ort von Israel erobert und dann geteilt. Nachdem Israel im Mai 2000 den Süden Libanons geräumt hatte, kehrte die israelische Armee im Krieg gegen die „Hisbollah“ im Sommer 2006 in den Nordteil des Dorfes zurück. Am 03.05.2009 meldete „Haaretz“, dass die israelische Regierung vor Antritt der Reise von Netanyahu am 18.05.2009 nach Washington dem US-amerikanischen Druck nachgeben und Ghajar als „Zeichen des guten Willens“ gegenüber Ministerpräsident Fuad Siniora und zur „Unterstützung der moderaten Kräfte“ bei den libanesischen Wahlen am 07.06.2009 räumen wolle. Allerdings wolle Jerusalem den Eindruck vermeiden, dass der Rückzug von „Hisbollah“ als politischer Sieg gefeiert werde, und bestehe auf einer Abmachung mit der Regierung in Beirut. Am 13.05.2009 meldete „Haaretz“, dass der Abzug aus Ghajar verschoben sei, weil man das Ergebnis der Wahlen am 07.06.2009 abwarten wolle. Am 05.08.2009 besuchte Israels Außenminister Avigdor Lieberman den Ort und schlug die Teilung der Ortschaft vor, die bereits von den Vereinten Nationen im Gefolge des israelischen Rückzugs aus dem Libanon Ende Mai 2000 bestimmt worden war. Die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates von 2006 verlangte die vollständige Räumung Ghajars von israelischem und syrischem Militär im Süden beziehungsweise im Norden des Ortes. Seine Bewohner, die 1981 israelische Staatsbürger wurden, lehnten den Vorschlag Liebermans ab.

Der häufig proklamierte Anspruch der „Partei Gottes“ auf Glaubwürdigkeit leidet auch dadurch, dass die Lebensbedingungen der – sunnitischen – palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern geringe Aufmerksamkeit finden. Die Begründung, dass „Hisbollah“ im Kabinett nicht die führende politische Kraft sei, überzeugt zunächst nicht, weil sie auf anderen Politikfeldern sehr wohl ihre Interessen durchzusetzen versteht. Der Verdacht ist deshalb nicht von vornherein absurd, dass „Hisbollah“ vor allem schiitische Klientelpatronage betreibt.

Die im Abkommen von Taif 1989 eingeforderte Wahlreform, zu der ein neuer Zuschnitt der Stimmbezirke gehört, ist nicht vorangekommen. Am 3. April hat die „Hisbollah“ ihre politische Plattform vorgelegt, wonach im Zuge eines neuen Wahlgesetzes das konfessionalistische System überwunden werden soll. Doch das Ende des politischen Religionsproporzes hat auf absehbare Zeit ebenso wenig eine Chance wie das von Staatspräsident Michel Suleiman favorisierte Mehrheitswahlrecht. „Selbst die Luft, die wir atmen, ist konfessionell geprägt“, kritisierte jüngst Mohammad Hussein Fadlallah und bezeichnete „die konfessionelle Geisteshaltung in der Realität als eine in sich geschlossene fanatische Mentalität“. „Nobody can lose or govern alone“, lautete die Einsicht von anderer Seite. Vor diesem Hintergrund wird die Zwangseintragung der Religionszugehörigkeit in Zivilregister strittig diskutiert. Drei wichtige Bedenken sind dagegen vorgetragen worden.

1. Generell: Wie werden mit der Verheiratung auftretende Fragen ohne eine zivilrechtliche Grundlage für Personenstandsangelegenheiten geregelt?
2. Im besonderen: Wie sollen jene Staatsbürger, die sich als konfessionslos eintragen lassen wollen, in den konfessionell

ausgerichteten Wahllisten erscheinen, und wie sollen sie selbst kandidieren?

3. Im besonderen: Wie werden Erbschaftsangelegenheiten von verstorbenen Personen geregelt, die zum Islam oder zum Christentum konvertiert sind, deren Kinder aber keiner Konfession mehr angehören wollen?

Schätzungen zufolge gehen pro Jahr 700 von 30.000 Paaren eine Zivilehe in der Türkei oder auf Zypern ein. Die Verheiratung wird ins libanesisches Ehestandsregister eingetragen, das die Zugehörigkeit des Mannes zu einer Religionsgemeinschaft definiert.

Schlussbemerkungen

In den vergangenen Wochen musste fünf Mal die Sitzung des Parlaments abgebrochen werden, weil das Quorum zur Verabschiedung der eingebrachten Gesetzesvorlagen nicht erreicht wurde oder weil Abgeordnete vorzeitig das Plenum verließen. Seit 2005 ist kein Staatshaushalt beschlossen worden. Auch die Wahlen am 7. Juni werden die Stagnation in der libanesischen Politik nicht von Grund auf überwinden. Ein Sieg der „Allianz vom 8. März“ würde zwar die Gewichte in der Innenpolitik verschieben, nicht jedoch den Druck erhöhen, den Nationalpakt von 1943 einschneidend zu ändern. Einen Staat aufzubauen, könne nicht dadurch erreicht werden, dass die nationale Einheit und Koexistenz verletzt werde, gab Nabih Berri den Ton vor, auf den niemand hören dürfte. Der Parlamentspräsident räumt damit ein, dass dem Libanon wegen des konfessionalistischen Proporzsystems bislang die Qualität eines Staates fehle.

An der „Regierung der nationalen Einheit“ wird auch „Hisbollah“ nach den Wahlen nichts ändern, sondern auf ihrer Sperrminorität bestehen. Das Abkommen von Doha (Qatar) hatte im Mai

vergangenen Jahres die Ministerien nach Konfessionszugehörigkeit aufgeteilt. Nimmt man aus der am 3. April vorgestellten Wahlplattform die Forderung nach Dezentralisierung der Verwaltungseinheiten (Städte, Distrikte und Regierungsbezirke) ernst, wird das politische Gewicht der Regierungsinstanzen in Beirut weiter abnehmen.

Dennoch: Wie im Falle der „ Hamas“ ist es unumgänglich, von westlicher Seite auch „ Hisbollah“ in den politischen Dialog einzubeziehen. Zum einen ist sie eine Kraft, an der kein Kabinett in Beirut vorbeikommt, und zum anderen ist sie tief in der libanesischen Bevölkerung verwurzelt; die Transformation des militärischen Widerstandes in eine zivilgesellschaftlich verankerte Bewegung ist gelungen. Diese Ambivalenz lässt sich überall im Lande besichtigen, so in der zweifachen Beflaggung an und in öffentlichen Räumen – neben der rotweißroten Staatsfahne mit der Zeder das gelbe Tuch der „ Hisbollah“.

Die Öffnung gegenüber Syrien und Iran, den traditionellen Fürsprechern und materiellen Stützen der „ Partei Gottes“, wird westliche Regierungen zu einer Revision zwingen. Deshalb dürfte es angeraten sein, von sich aus die Initiative zu ergreifen, statt sich die Bedingungen von außen vorschreiben zu lassen. Als erstes EU-Mitglied hat Großbritannien die politische Legitimität der „ Hisbollah“ anerkannt, nachdem diese während der Amtszeit von Präsident Bill Clinton 1997 auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt worden war. Zu der von einem Kommentator bedauerten Faszination für „ Hisbollah“¹³ gibt es freilich keinen Anlass. Denn dem von ihr durchgesetzten Charakter Libanons als Doppelstaat ist das Interesse fremd, die Funktionsuntüchtigkeit des Regierungssystems in Gestalt von Parlament, Armee und Justiz zu überwinden, solange ihr von außen, insbesondere der sogenannten internationalen

¹³ Kritisch Michael Young: Hizbullah, a Western fascination, in „The Daily Star“ 16.04.2009, S. 7. Der Autor schreibt regelmäßig für diese englischsprachige Tageszeitung.

Gemeinschaft, politische Gerechtigkeit vorenthalten wird. Bis dahin werde, so war von einem Gesprächspartner zu hören, die „Partei Gottes“ praktisch über Krieg oder Frieden mit Israel entscheiden.

Von den Europäern wird erwartet, dass sie sich für eine Mäßigung der strategischen Ziele des „Weltpolizisten USA“ verwenden und eine Politik der Ausgewogenheit gegenüber allen Staaten im Sinne eines größeren Verständnisses für die Tragödien des Nahen Ostens betreiben – also unter Einschluss Israels, ließe sich hinzufügen.

Interessant war bei der Frage nach der Akzeptanz einer Zweistaatenregelung die Aussage, dass dem palästinensischen Volk das Recht auf die Entscheidung über seine politische Zukunft zukomme; gegenüber dem US-amerikanischen Fernsehsender ABC hat sich Mahmud Achmadinedjad am 26. April in vergleichbarer Weise geäußert. Wie belastbar solche Bekenntnisse sind, könnte die Europäer zu einem Testfall bewegen. Doch dazu würde auch ein nachdrückliches Drängen auf das Ende der innerpalästinensischen Konfrontation gehören. Die nach wie vor starken Bindungen vor allem im wissenschaftlichen, akademischen und literarischen Bereich an die frühere Mandatsmacht Frankreich, die sich 1946 endgültig aus dem Libanon zurückzog, sind ein politisches Pfund, dessen Gewicht genutzt und fortentwickelt werden sollte. Gerard Araud, Botschafter seines Landes in Beirut, nutzt immer wieder seine Möglichkeiten, auf die gespannte Atmosphäre zwischen der „Hisbollah“ und der seit 1978 im Süden Libanons stationierten „UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL)“ mäßigend Einfluss zu nehmen.

Mehr als einmal ist in den Gesprächen betont worden, dass es gegen das jüdische Volk weder Feindschaft noch Ablehnung gebe, dass aber für seinen nationalen Anspruch in der Region kein Platz sei. Die Formel erinnert stark an das axiomatische arabisch-moslemische Verständnis der „Nation“ („umma“), in deren Mitte es keine fremde Souveränität geben dürfe. Nachdem dieser Verweis in Diskussionen zunächst abgetan worden war, überraschte eine Äußerung umso mehr, wonach die schiitische Theologie

reformbedürftig sei. Ob diese Bekundung nur für den Binnenraum gelten soll, zumal wenn sie mit der Ablehnung des Exports der Shiah in die arabische Welt verbunden wird, wäre der Nachprüfung wert. Zu begründeten Zweifeln passte auch eine Pressemeldung, wonach die „Hisbollah“ 2008 den Schmuggel von Heroin im Umfang von vier bis fünf Tonnen im Wert von 100 bzw. 125 Millionen US-Dollar über die Grenze nach Israel kontrolliere, um ihre Kriegskasse aufzufüllen. Die Weigerung eines Sprechers, sich zu den Vorwürfen zu äußern, und die Erwiderung eines Klerikers, dass der Drogenhandel theologisch nicht akzeptabel sei, klangen je nach Sichtweise matt oder bezeichnend.

Würden sich die vielfältigen Antagonismen im Lande wie von selbst auflösen, wenn Israel von der politischen Landkarte verschwinden würde? Oder bedarf es Israel, um auf der Grundlage der arabischen „Kleinstaaterei“ (Originalton) die inneren Spannungen ausleben zu können? Nicht bestritten werden dürfte die These, dass die Projektion aller Übel dieser Welt auf „den Westen“ einschließlich Israel eigene Anstrengungen zur Überwindung der inneren Widersprüche verhindert. Hierzu gehören die häufigen politischen Frontenwechsel, die vor allem Michel Aoun und Walid Djumblat vorgeworfen worden sind. Nach einem Bericht der der „Hisbollah“ nahestehenden Zeitung „Al-Akhbar (Die Nachrichten)“ vom Juni 2009 soll Djumblat in geschlossenem Kreis für eine Annäherung an die Schiiten geworben und seine bisherigen Verbündeten, die Maroniten, als „durch und durch verdorben“ bezeichnet haben.

Die Printmedien hinterlassen zwar auf Anhieb den Eindruck freier Meinungsäußerung, doch in den letzten Jahren war mehr als ein Journalist Bombenattentaten ausgesetzt. Das gleiche Schicksal mit tödlichem Ausgang erlitten verschiedene Politiker. Prominente unter ihnen sind längst dazu übergegangen, mit Hilfe der Armee oder durch private Wachdienste ihre Häuser oder gar ganze Straßenzüge in Beirut abzuriegeln und schützen zu lassen – auch wenn sich

bisweilen der Eindruck einschleicht, dass die Sicherheitskontrollen bei Passanten oberflächlich ausfallen.

Für die israelische Publizistin Amira Hass gehört es zu den größten Erfolgen der israelischen Politik, dass sie mit der Abtrennung des Gazastreifens von der Westbank die Schaffung eines palästinensischen Staates auf der Grundlage internationaler Beschlüsse verhindert hat. Die nochmalige Bestätigung der Arabischen Friedensinitiative von 2002/2007 durch Saudi-Arabien dürfte zwar die letzte Chance sein, der Idee der Zweistaatenregelung politische Substanz zu verleihen, aber ihre Durchsetzung ist kaum zu erwarten. Damit wird der Prozess der israelisch-jüdischen Zersiedlung in Ost-Jerusalem und in der Westbank unweigerlich auf ein wie auch immer politisch und ethisch zu bewertendes Land zweier Völker hinauslaufen, die unter dem Horizont der Unebenbürtigkeit um ihre nationale Existenz weiterkämpfen. So werden sich diejenigen im Libanon bestätigt fühlen, die im Gefolge Irans und der extremistischen Flügel von „ Hamas“ und der ägyptischen Moslembrüder dem Staat Israel als nationaljüdischem Gemeinwesen die Legitimität absprechen.

So wie sich die „Partei Gottes“ zumindest am hellen Schein einer regionalen Supermacht gegen Israel erfreut, will die Islamische Widerstandsbewegung vom Gazastreifen aus nicht von ihrem Willen ablassen, den Befreiungskampf gegen den zionistischen Fremdkörper in ihrer geopolitischen Mitte fortzusetzen – mit anderen Worten: ein agitatorischen Sieg für Benjamin Netanyahu und Avigdor Lieberman für ihre Behauptung „Wir haben es doch schon immer gesagt...“.

Damit bestätigt sich die Erkenntnis einmal mehr, dass das Ende der israelisch-palästinensischen Konfrontation nur im Kontext der Überwindung der anderen Konfliktherde im regionalen Umfeld gelingen wird. Ob es der Schlüssel für andere Regelungen wäre, wie Jordaniens Außenminister Nasser Judeh jüngst in einem AP-

Interview gemeint hat, ist zu bezweifeln. Einleuchtender erscheint ein konzertierter Ansatz, der eine Hierarchisierung von Komponenten nicht ausschließen muss.

Nachwort zum Ausgang der Wahlen
am 7. Juni und am 12. Juni 2009 im Iran

Die meisten Prognosen zum Ausgang der Parlamentswahlen im Libanon haben sich nicht als stichhaltig erwiesen, denn sie sagten einen klaren Sieg der „Allianz des 8. März“ unter Führung der „Hisbollah“ voraus. Doch die Mehrheit der Wähler hat sich anders entschieden: Die prowestliche „Allianz des 14. März“ unter Führung des sunnitisch geprägten „Zukunftsblocks“ kann auf 71 der 128 Parlamentssitze zurückgreifen. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Wahlausgang von allen Seiten – auch von der „Partei Gottes“ – als ein Sieg der libanesischen Demokratie gewürdigt worden. Die befürchtete „Hisbollahisierung“ Libanons (Tomas Avenarius in der „Süddeutschen Zeitung“) ist ausgeblieben.

Dieser Schlussfolgerung wäre vollauf zuzustimmen, wenn ihr nicht einige Schönheitsfehler und die Gefahr anhaften würden, die auf die Fortsetzung der systemischen Krisen deuten könnten, an denen das Land seit Anbeginn leidet. Auch wenn die Wahlbeteiligung gegenüber 2005 um neun Prozent höher lag und 54 Prozent erreichte, so ist doch zum einen zu erkennen, dass eben nur mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne gingen – obwohl die großen Parteien nichts unversucht ließen, ihre ideologisch verlässliche oder politisch gefühlte Anhängerschaft sogar aus dem Ausland einzufliegen.

Genauso nachdenklich macht zum anderen die Zuspitzung der Gunst um die Wähler auf die Spitzenkandidaten, die demokratisch legitimierten Listenaufstellungen häufig genug misstrauisch gegenüberstehen. Dieses Phänomen ließ sich diesmal besonders

bemerkenswert bei Saad Hariri beobachten, der gleichsam freihändig über die Nominierungen aufgrund von Loyalitäten und eines schwer durchschaubaren Regionalproporzentschied. Doch auch andere Parteien zeigten wenig beispielgebende Neigungen, den landesweiten Anspruch auf die Auszeichnung als einzige arabische Demokratie umzusetzen¹⁴.

Dass schließlich der ruhige Verlauf des Wahlablaufs hervorgehoben und der organisatorischen Umsicht von Innenminister Ziad Baroud zugeschrieben wurde – der zuvor mit seinen Ideen zu einer umfänglichen Reform des Wahlverfahrens politisch gescheitert war –, ist ein Sieg der staatsbürgerlichen Besonnenheit. Die Bevölkerung insgesamt, ob sie gewählt hat oder zu Hause blieb, ist der Rivalität der großen Familien- und konfessionalistischen Verbände müde geworden. Der Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1989 wirkt nach, und der heftige sunnitisch-schiitische Machtkampf auf den Straßen der Hauptstadt Anfang Mai 2008 mit 81 Toten, als nach der Entmachtung des Sicherheitschefs des Beiruter Flughafens und der Zerschlagung des „Hisbollah“-eigenen Kommunikationsnetzes auch der Hafen geschlossen werden musste, wecken nach wie vor böse Erinnerungen – ganz im Gegensatz zu geneigten Behauptungen, dass im libanesischen Gedächtnis nur die israelischen Invasionen von 1982, 1996 und 2006 verhaftet seien.

Dagegen hat kurz vor den Wahlen der christliche Abgeordnete Sami Gemayel – Sohn des früheren Präsidenten Amin Gemayel (1982 – 1988), der am Ende seiner Amtszeit, die von moslemischer und syrischer Seite erzwungen wurde, Michel Aoun zum

¹⁴ Amr Hamzawy („Partizipation von Islamisten in der arabischen Politik“, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 24/2010 vom 14.06.2010, S. 22 ff.) unterscheidet drei Typen islamistischer Teilhabe am politischen Prozess und rechnet zum ersten Typus Irak, Libanon und Palästina. Hamzawy, Forschungsdirektor und Senior Associate am „Carnegie Middle East Center“, schreibt: „Während hier die islamistischen Parteien und Bewegungen in relativer organisatorischer Freiheit im Rahmen eines pluralistischen Parteiensystems operieren können, bleibt das politische Umfeld instabil und chaotisch – sei es aufgrund eines Besatzungszustandes, der die Regierungsinstitutionen und die öffentliche Sicherheit kollabieren lässt, sei es aufgrund interner Zerwürfnisse.“

Ministerpräsidenten ernannte – „Libanons Katastrophe“ auf die Eröffnung einer südlichen Angriffsfront gegen Israel Ende der 1960er Jahre zurückgeführt und für die Neutralität des Landes plädiert, nachdem es einen hohen Preis im arabisch-israelischen Krieg gezahlt habe. Im vergangenen Jahr hatte Ministerpräsident Fuad Siniora die „Partei Gottes“ beschuldigt, in Beirut schlimmer gehaust zu haben, „als es der israelische Feind [im Sommer 2006] gewagt hat“. Nach den Wahlen hat er die Führung der Fraktion des „Zukunftsblocks“ von Saad Hariri angetreten.

Staatschef Michel Suleiman hat sich nach den Wahlen dafür ausgesprochen, die „Regierung der nationalen Einheit“ neu aufleben zu lassen. Diese Ankündigung wird auf Seiten der Wahlsieger auf wenig Gegenliebe oder gar auf Widerspruch stoßen, zumal da Hariri frühzeitig der Mitwirkung der „Hisbollah“ in einem von ihm dominierten Kabinett eine Absage erteilte. Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, denn zu den Konstanten des libanesischen politischen Lebens gehört das Prinzip des raschen Frontenwechsels. Nachdem Aouns „Freie Patriotische Bewegung“ mit nur neun Kandidaten – statt der erwarteten dreißig – im Parlament vertreten ist, dürfte diesem egomanischen Politdarsteller nichts bitterer aufstoßen als die Fortsetzung einer niederrangigen Oppositionsrolle an der Seite der „Hisbollah“, die statt der bisher vierzehn nur elf Abgeordnete stellt. Nachdem Walid Djumblat noch wenige Tage vor der Wahl gegen erhebliche Widerstände aus seiner drusischen „Sozialistischen Fortschrittspartei“ für die Annäherung an die „Hisbollah“ geworben hat, dürfte es auch nicht überraschen, wenn er nunmehr den Rückwärtsgang einlegt und Anschluss an den „Zukunftsblock“ sucht, um sich eine angemessene Beteiligung an der Regierung zu sichern. Anfang August schied er jedoch aus dem Bündnis des „14. März“ aus.

Vorläufig also, so ließe sich das Fazit ziehen, haben die prowestlichen Kräfte triumphiert, Iran und Syrien verlassen den Machtkampf vorerst mit Blessuren, auch wenn die „Hisbollah“ schon

angekündigt hat, ihr militärisches Potential nicht aufzugeben. Die Ansprache Barack Obamas in Kairo Anfang Juni 2009 mag das Ihre dazu beigetragen haben, öffentliche Gemütslagen auszugleichen. Ein Separatfrieden mit Israel kann sich das Land nicht leisten. Die drei wichtigsten Herausforderungen, vor denen Libanon steht, lassen sich nicht ewig auf die lange Bank schieben: grundlegende Überarbeitung des Nationalpakts von 1943, Bevölkerungszählung – sie wäre die erste seit 1932 – und strukturelle Entkonnfessionalisierung der Parteien samt der ihr nachfolgenden Neuverteilung der Staatsämter. An diesen Topoi wird sich entscheiden, ob Libanon in Zukunft schwere Heimsuchungen erspart bleiben. Fest steht, dass die „Hisbollah“ als bedeutender Teil der Gesellschaft bleibenden Einfluss ausüben wird. Dass Netanyahu mehrfach Hariri davor gewarnt hat, die „Partei Gottes“ an der Regierung zu beteiligen, dürfte den gegenteiligen Effekt auslösen.

Auch im Iran haben sich die Vorhersagen der Kommentatoren nicht bewahrheitet. Aus den Wahlen am 12. Juni hat der amtierende Präsident Machmud Achmadinedjad seinen schärfsten Konkurrenten, den früheren konservativ-liberalen Ministerpräsidenten Mir Hossein Mussawi, hinter sich gelassen. Ungeachtet der Reaktion Mussawis, der schwere Vorwürfe der Wahlfälschung, der Behinderungen bei der Stimmabgabe und beim Zugang von Wahlbeobachtern zu den Stimmlokalen erhoben und Gegenschritte angekündigt hat, sind die jüngsten Vorgänge von zusätzlicher Dramatik. Denn erstmals seit den Studentenunruhen vor zehn Jahren haben Tausende vor allem junger Menschen in Teheran gegen den Wahlsieger demonstriert und sind von anrückenden Polizeikräften unter rücksichtsloser Gewaltanwendung auseinandergetrieben worden. Dennoch dürften sie keine Ruhe geben. Die Rekordbeteiligung von rund 85 Prozent der Stimmbürger bestätigt ausdrücklich die Legitimität ihres Widerstandswillens. Daran werden die große Zahl der Todesurteile und der Versuch des Regimes, die Opposition zu zerstören, auf Dauer nichts ändern. Vielmehr ist sein brutaler Einsatz ein schlechtes Omen für die

iranische Innenpolitik und für die Außenwirkung des Regimes. Kommentatoren haben die Vermutung geäußert, dass es gegen die Protestwelle auf Dauer die schlechteren Karten hat.

Im Vergleich zum Libanon hat sich erneut herausgestellt, dass mehr oder minder freie Wahlen noch lange nicht mit demokratischen Verhältnissen gleichzusetzen sind – wer erinnert sich nicht an das dumpf-heuchlerische Geschrei deutscher Palästina-Begeisterter, die nicht müde werden wollen, der Öffentlichkeit hierzulande den Erfolg von „ Hamas“ gegen Machmud Abbas' „Fatah“ im Januar 2006 als Sieg der Demokratie zu verkaufen? Die Sympathisanten werden sich endgültig mit der kritischen Frage auseinandersetzen müssen, warum sie die wiederholten Drohungen ihres Musterdemokraten Achmadinedjad gegen die Existenz des Staates Israel systematisch herunterzuspielen suchten, obwohl er nicht einmal vor äußerster Gewaltanwendung gegen seine Landsleute zurückschreckt. Dass politisch unverdächtige Gruppen wie „Reporter ohne Grenzen“ den Iran seit langem als das „größte Gefängnis“ für Journalisten kritisieren und dass Dissidenten ins Gefängnis geworfen werden, scheint für manche Doppelzüngler um der großen Sache willen – den Kampf gegen die USA und Israel voranzutreiben – hinnehmbar zu sein.

Nach den brutal beendeten Demonstrationen der „Grünen Welle“ wird der Iran nicht zur bisherigen Tagesordnung der politischen Unterdrückung der Opposition zurückkehren können. Das Land ist von einer islamischen Demokratie weit entfernt, die die Axiome der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit mit der Freiheit der Religionsausübung versöhnt. Doch für die Stabilität des Regimes könnten die hohe Inflation, die große Arbeitslosigkeit, die Streichung von staatlichen Subventionen für Energie und Lebensmittel sowie die teuren Benzin-Importe aus dem Ausland – Iran besitzt keine eigenen Raffinerien – gefährlicher sein als die politische Kritik an der Obrigkeit.
